

Wirtschaft

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Bezirk Merseburg

Das "Wirtschaft" erscheint mit täglichen Beilagen sowie "Welt und Zeit". Es ist Publikations-Organ der gewerkschaftlichen u. gewerkschaftl. Organisationen u. amt. Organ vielfach. Beilagen. Schriftleitung: Dr. Kurt Frenkel, 6. Bernauer-Str. 24/25, 2457, 2458. Persönliche Zustellung mittags von 12 bis 1 Uhr. — Unverlangt eingehende Manuskripte ist kein Rückporto beizufügen

Bezugspreis monatlich 2,00 RM. u. 0,30 RM. Subskriptionsgebühr, insgesamt 2,30 RM. für Abholer wöchentlich 0,20 RM. Postbezugspreis 2,30 RM. durch Postboten abgeholt 2,50 RM. bei direkter Einzahlung an den Verlag 2,60 RM. — Anzeigenpreis 10 Pf. im Voraus u. 20 Pf. im Nachhinein der Willkür der Geschäftsstelle. Dr. Kurt Frenkel, 6. Bernauer-Str. 24/25, 2457, 2458. Telefon 2319. 1929

Konzentrischer Kampf gegen die Arbeitslosenversicherung

Die Sozialdemokratie ist nicht bereit ihren Abbau zu dulden

Im Verlauf der Aussprache über den Etat des Reichswirtschaftsministeriums hat Reichswirtschaftsminister Curtius am Mittwoch zum zweiten Male das Wort ergriffen und u. a. an der Arbeitslosenversicherung eine ernste Kritik geübt. In dieser Rede, die ebenfalls eine Entschuldigung vor der deutschen nationalen Opposition darstellen sollte, wird uns geschrieben:

Grundsätzlich hat auch Dr. Curtius die Arbeitslosenversicherung als einen großen sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt anerkannt. Er hat aber gleichzeitig erklärt, daß dabei Geheubung, Reservierung und Finanzieren überbeansprucht worden und schwere Schäden der Arbeitsmoral eingetreten sind. Aus dieser Befürchtung folgerte er, daß eine gewissenhafte Reform der Arbeitslosenversicherung durchgeführt werden müsse und der Kreis der Versicherungspflichtigen nicht unangekündigt bleiben könne. Noch weniger aber könne man diese Reform mit Beitragserhöhungen befehlen.

Demgegenüber ist zunächst festzustellen, daß diese Auffassung des Reichswirtschaftsministers sich mit den Beschlüssen des Reichstages nicht deckt. Das Reichskabinett hat durch sein Sofortprogramm lediglich die Verringerung einiger Beiträge angedeutet. Die Frage der Entlastung der Arbeitslosenversicherung ist bisher ebensowenig entschieden worden wie die Frage der Beitragserhöhung. Alle diese Fragen werden ab Donnerstag von den Regierungsparteien international erörtert werden, und es bedeutet eine schwere Gefährdung dieser Verhandlungen, wenn ihr Ergebnis in so einseitiger Weise von einem Kabinettsmitglied unbedachtigt und unangekündigt vorweggenommen wird.

Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Ag. Dr. Weitzel, hat gegen Curtius unmittelbar nach dessen Rede mitgeteilt, daß seine Ausführungen bei der Sozial-

demokratie starkes Befremden hervorgerufen haben. Sie können Herrn Dr. Curtius darüber hinaus vernehmen, daß die Sozialdemokratie auch in den internationalen Verhandlungen keinen Zweifel darüber lassen wird, wie sie zu der Arbeitslosenversicherung steht, und nicht dazu bereit ist, den Abbau der Arbeitslosenversicherung mitzumachen oder zu dulden.

Das hat die sozialdemokratische Fraktion bereits vor Wochen in einer Erklärung festgelegt. Der Völkervereinigung hat diese Haltung in der deutlichen Weise unterstrichen, und daran wird sich nichts ändern werden. Wenn daher die bürgerlichen Parteien die von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften angeforderte Beitragserhöhung bekämpfen und damit verhindern, daß die Arbeitslosenversicherung rechtzeitig die Mittel ankommt, die zur Aufrechterhaltung ihrer Leistungen erforderlich sind, so wird ihnen nur zumeist überblieben: entweder die nach Verringerung der Beiträge zur Aufrechterhaltung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung notwendigen Ausgaben, soweit sie nicht durch die laufenden Beiträge gedeckt werden können, aus allgemeinen Reichsmitteln zu bezahlen, oder im schärfsten Kampf gegen die Sozialdemokratie einen Abbau der Leistungen zu erzwingen.

Auf diese Konsequenzen aufmerksam gemacht zu haben, scheint uns Aufgabe der Stunde zu sein.

Der gestrige Ausfall des völkervereinigten Ministers und die unklare Haltung des Zentrums zeigt aufs neue, wie stark die Gegenkräfte sind, die in der Frage der Reform der Arbeitslosenversicherung in der Haltung der Regierungsparteien bestehen, und daß noch schwere Hindernisse zu überwinden sind, um zu einem allerseits tragbaren Einvernehmen zu gelangen.

Morgen Unterzeichnung

Das Sachverständigen Gutachten heute zur Unterschrift fertig

Paris, 6. Juni. (Radiomelung.) Der Schlussbericht der Sachverständigen soll möglichst bis heute Abend fertiggestellt werden, so daß keine Unterzeichnung am Freitag oder Sonnabend erfolgen kann. Der Bericht wird dann sofort den beteiligten Regierungen durch Sonderkurier überreicht.

Das Gutachten enthält u. a., ähnlich wie der Damesplan, eine Klausel, nach der auch der Young-Plan als ein einheitliches und unteilbares Ganzes erklärt wird.

Verteilung der Zahlungen.

Paris, 6. Juni. (Radiomelung.) Auf Grund des vorläufigen Programms der Sachverständigenkonferenz ist die Unterzeichnung des Gutachtens in einer förmlichen und öffentlichen Sitzung vor sich gehen. Das Gutachten, das zuerst

mehr als 100 Seiten umfaßt, ist jetzt auf 50 Seiten reduziert worden.

Wie der "Reit Parisien" mitteilt, soll die deutsche Normal-Annullität von 1988 Millionen wie folgt auf die Alliierten verteilt werden: Frankreich 1938, England 415, Italien 211, Belgien 115, Amerika 66, Japan 18. Der Rest soll unter die kleinen Gläubigerstaaten, wie Jugoslawien, Rumänien, Griechenland, verteilt werden. Auch Polen erhält einen Anteil.

Belgien stimmt zu!

Brüssel, 6. Juni. (Eig. Draht.) Der belgische Ministerrat hat sich am Mittwoch mit dem Vorschlag der Reichsregierung über die Regelung der belgischen Markforderungen einverstanden erklärt. Damit steht der Unterzeichnung des Sachverständigenkommuniqué nichts mehr im Wege.

Wie wilde Tiere.

Der tägliche Dakenkreuzprozess.

König, 6. Juni. (Radiomelung.) Das Schöffengericht verurteilte drei Nationalsozialisten wegen Brandstiftungsversuchs zu insgesamt 18 Monaten Gefängnis. In dem Urteil heißt es, daß die Angeklagten in ihrem Haß gegen

das Reichskabinett in geradezu tierischer Rohheit überaus unvorsichtige, absonderliche Leute hergestellt seien, wie wilde Tiere, die sich ihre Opfer suchen. Die Angeklagten hatten am 18. März ein junges Mädchen mit einem Sportwagen niederschlagen und einen 60-jährigen Reichsbannermann, Vater von sechs Kindern, so schwer mißhandelt, daß er in schwerverletztem Zustand in ein Krankenhaus gebracht werden mußte.

Mac Donald an der Arbeit

Die Arbeiterpartei auch in der Stimmenzahl die stärkste der drei Parteien

Schlag auf Schlag

Die Ministerliste fertig London, 5. Juni. (Eig. Draht.)

Der Führer der britischen Arbeiterpartei Ramsay MacDonald wurde noch am Mittwoch vom König mit der Bildung der neuen Regierung beauftragt. MacDonald nahm den Auftrag an und unterbreitete dem König eine Ministerliste, die dessen Billigung gefunden hat.

Als wichtigste kann gelten, daß Stanley, der nicht Mitglied der Arbeiterpartei ist, jedoch seit seiner Zeit als Vorsitzender der Arbeitslosenkommission von 1920 in der Labour Party ein angeseheneres Vertrauen genießt, der neuen Regierung als Lordkanzler angehört und Philipp Snowden als Schatzkanzler übernimmt. Als Präsident des Handelsamtes ist W. Graham in Aussicht genommen, der im letzten Arbeiterkabinett Unterstaatssekretär des Schatzamtes war. Henderson und Thomas dürfen dem Kabinett als Außenminister bzw. Minister für die Arbeitsbeschaffung angehören. Ein besonderes Problem stellt die Zugehörigkeit von Lansbury zu dem Kabinett dar. Seine Mitgliedschaft wird von der Arbeiterpartei gewünscht. Außer den 21 Mitgliedern des Kabinetts sind noch rund 40 andere Minister zu belegen. MacDonald wird sich nach Erledigung dieser Aufgabe bis zum Zusammenkunft des Parlaments auf kurze Zeit in seine Heimat begeben.

Labour Party teil. Als er erschien, wurden ihm lebhafteste Ovationen zuteil. MacDonald äußerte sich zunächst in einer längeren Rede über den Wahlausgang und gab ferner Befriedigung darüber Ausdruck. Die Zusammenkunft des Kabinetts wurde nicht erörtert. Nach der britischen Tradition ist der zum Ministerpräsidenten berufene Parteiführer bei der Auswahl seines Ministerrates völlig frei. Ein unangenehm erregter Versuch der unabhängigen Partei, nach dem förmlichen Muster eine Kontrolle der Fraktion über die Personalauswahl einer zukünftigen Arbeiterregierung einzuführen, ist von den Führern der Gesamtpartei niemals unterstützt worden.

Das große Abwiesnehmen.

London, 5. Juni. (Eig. Draht.)

In White Hall begann am Mittwoch das große Abwiesnehmen der bisherigen konservativen Minister. Chamberlain übergab die protokollierte Zeitung des Anwesens dem Staatssekretär Lord Lytton. Auch der erste Lord der Admiralsität Bridgeman betrat die Kabinettstube am Mittwoch.

Die Arbeiterpartei an der Spitze.

Mit 8317 000 gegen 8 182 000 Konervative. London, 5. Juni. (Eig. Draht.) Der Bundesauswahlgang der Arbeiterpartei beschloß sich am Mittwoch unter dem Vorsitz von Herbert Morrison mit dem Wahlausgang. Darüber heißt es in einem offiziellen Communiqué: Es wurde allgemeine Befriedigung über die Tatsache ausgedrückt, daß die Arbeiterpartei, was die Gesamtzahl der für sie abgegebenen Stimmen bei Auswahlgang-Verhandlungen anbelangt, mit 8 317 000 Stimmen gegen 8 182 000 konervative Stimmen an der Spitze der drei Parteien steht.

Souveränität des Führers.

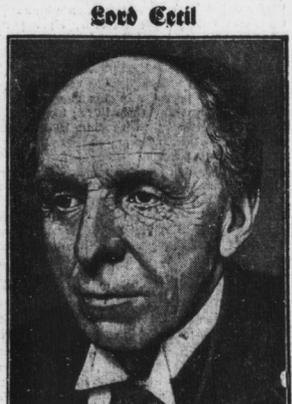
Am Mittwochnachmittag nahm MacDonald an einer gemeinsamen Sitzung der Arbeiterpartei und des Fraktionsvorstandes der

Eugenberg heßt — Was jetzt?

Was bringt uns die Sachverständigen-Konferenz?

Die Pariser Konferenz steht unmittelbar vor ihrem Abschluß. Auch die letzten Schwierigkeiten sind überwunden und die politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Ergebnisse dieser Konferenz werden nicht mehr allzulange auf sich warten zu lassen.

Was bringt uns Paris wirtschaftlich? In dem Uebergangsjahr 1929/30 ist gegenüber dem Damesplan eine Erleichterung von etwa 570 Millionen zu verzeichnen. Diese Erleichterung beträgt sich im Etatsjahr 1930/31 auf fast 800 Millionen und in dem nächstfolgenden Jahr auf rund 815 Millionen Mark. Insgesamt bedeutet die Regelung für Deutschland während der nächsten elf Jahre — mit den Anforderungen aus dem Damesplan in Vergleich gesetzt — eine Zahlungserleichterung von fast 7000 Millionen Mark.



Lord Cecil

Das ist für die deutsche Wirtschaft ein Plus, das nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Von rechts und links wird das Ergebnis dennoch angefochten. Man verwirft es, ohne dem deutschen Volke einen besseren Weg der Verständigung zu zeigen und ohne ihm zu sagen, auf welche Art und Weise noch aus den Verhandlungen hätte herausgeholt werden können. Das erste Wort in dieser Kampagne führt natürlich Eugenberg und seine Besse, jener Kreis deutschnationaler Politiker, der Bogler zum Rücktritt gezwungen hat, statt durch ihn ein günstiges Ergebnis erwirken zu lassen.

Was hier wieder einmal getrieben wird, ist Demagogie in höchster Potenz, auf die von amtlicher Seite nach dem endgültigen Abschluß der Verhandlungen in aller Öffentlichkeit und mit allen möglichen Mitteln geantwortet werden muß. Endlos ist die Zahl der verlogenen Pro-

führen und Flugblätter, die von Eugenberg bereits jetzt vorbereitet wird und mit denen das Volk nach dem Abschluß der Pariser Verhandlungen geradezu überflutet werden soll.

Es entzieht angesichts der Eugenberghetze zunächst die Frage, was ohne Paris geschehen

proch im Komitee für internationale Aussprache über Abrüstung. Cecil war während des Krieges englischer Botschafter, heute ist er führend im Kampf für die Blotierung künftiger Kriege.

HALLE

Nr. 129 Donnerstag, 6. Juni

Was wird 1929 in Halle gebaut?

Insgesamt 1600 Wohnungen in Süd und Nord projektiert

Halle, den 6. Juni.

Das für das Jahr 1929 vorgesehene **Wohnungsbauprogramm**

umfaßt 1600 Wohnungen, das soll heißen: für diese Anzahl Wohnungen sind die finanziellen Mittel aufzubringen. Ob sie auf sämtlich gebaut werden können, hängt von verschiedenen Umständen ab, denn es sind nicht nur finanzielle Schwierigkeiten und Pläne aufzustellen, sondern technische Probleme und praktische Aufgaben zu lösen. Dazu kommt, daß der harte und lang andauernde Winter erst den Beginn der Bauarbeiten hinausgeschoben hat.

Nur wesentlichen wird der **Wohnungsbau auf gemeinsinniger Grundlage** durchgeführt. Die Begrenzung der Wohnungsgröße — grundsätzlich werden nur Kleinwohnungen

zurzeit 114 Kleinwohnungen im Bau. Dazu tritt an der Merseburger Straße der erste Bauabschnitt eines großen Bauvorhabens, das mit Hilfe des Ammoniatwerkes Merseburg für in Halle anständige Bauarbeiter durchgeführt wird und 130 Wohnungen umfaßt. An der verlängerten Artilleriestraße hat sich die Kleinwohnungsbaugesellschaft W. umfangreiches Baugelände gelistet, das ebenfalls noch in diesem Jahre mit Kleinwohnungen bebaut werden soll. Die Wohnung wird sich abdem von der Merseburger Straße bis zur Saale hin erstrecken und durch **ausgedehnte Grünflächen**

angenehm umgeben werden. Der nach einiger Zeit diese Gegend betreten wird, erkennen sie kaum wieder, so verändert sich das Landschaftsbild.

Um den Baufortschritt an der Zumbachstraße entfaltet der Bauverein für Kleinwohnungen, unseres Wissens die

für Angestelltenheimstätten (Sogha) das einst domänenstaatliche Gelände gelistet. Es ist sehr zu begrüßen, daß dieses sojungen inmitten der „Vorlage“ belegene Gelände, um dessen Erwerb sich die Stadtverwaltung lange vergeblich bemüht hat, endlich bebaut und so die **unfähige Lücke zwischen dem Jobbortel und dem Stadtteil Trotha geschlossen**

wird. Der erste Abschnitt umfaßt 128 Wohnungen. Wünschenwert wäre es, wenn diese sehr weit gestreckten Pläne recht bald durchgeführt, d. h. die in Aussicht genommenen 250 Wohnungen schnellstens gebaut würden. Etwas bedauerlich ist bei der Durchführung sehr umfangreicher Projekte allerdings die Finanzierungsschwierigkeiten, doch wird wohl damit gerechnet werden können, daß die Stadtkasse auch hier in der gleich großzügigen Weise einsteht, wie sie das bei ähnlich gelagerten Fällen ebenfalls bereitwillig getan hat. Im übrigen wird

Der Pattkopf.

Da unsere Erde eine Kugel ist, kann jedes Ding auf ihr in den Mittelpunkt des Weltgeschehens gerückt werden. Vor halb zwei Jahren war es einmal ein großer, runder Stein, der von den Erdarbeitern als Stein betrachtet und „Steinlein“ oder „Pattkopf“ genannt wurde. Aber Kinder finden an allen ihre Freunde; lustig halterte unser Stein den Abgang herunter. Der Spatz hat seinen Höpchen erreicht, als er recht weit rollte, folgte jedoch sofort in das Gegenteil um denn der „Pattkopf“ legte sich wie ein Schiffsrüder hart an die Schienen der Reichsbahn. Schnellste flucht nach die einzige Rettung für die Kinder. Der Nachzügler fand auf seinem Wege zur Station den Stein, und weil bald ein D-Zug kommen mußte, wurde ein Akzentat vermerkt. Meldung wurde erteilt, Untersuchung eingeleitet. Der Zug brannte vorüber, keine Gefahr. Kriminalbeamte suchten die Leibelider.

Der Stein wurde durch den Nachzügler aus dem Mittelpunkt des Weltgeschehens gerückt und in die Erde der Gedächtnisfeier verlegt. Die Führer, ein hinter diesen verlegt, ein beschriftetes Tafelchen, fern von Regen und Sonnenbrand.

Vorläufig ist noch keine Verfügung gekommen, daß der Stein entfernt werden kann. Auf eigene Verantwortung kann es der diensttuende Beamte nicht wagen, ihn an die frische Luft zu befördern. Der Stein gehört zum toten und lebenden Inventar der Station, bis sich vielleicht nach weiteren 23 Jahren das feimattländische Museum, schon des Alterswertes wegen, um dieses Objekt bemüht.

Das Arbeitsamt wird gebaut.

Die Bauarbeiten sind begonnen. Nachdem die Baustelle des neuen Arbeitsamtsgebäudes am Steinort einige Zeit still gestanden hatte, sind nunmehr die vorbereitenden Arbeiten im vollen Gange. Die Arbeiten sollen etwa fünf Wochen im Voraus nehmen. Der eigentliche Bau wird dann sofort beginnen.

„Maffenversammlung“.

Warum wurde der „Maffenkampf“ verboten? Diese Frage wollte am Mittwoch die Kommunistische Partei in Halle in einer öffentlichen Versammlung im Garten des Volksparks beantworten, zu der sie die Volksgenossen „wollte“ eingeladen hatte. Aber nur ganz 60 Mann, darunter noch viel Jugendliche, hatten ein Interesse an der Beantwortung dieser Frage. Man dankte Halle 200 000 Einwohner! Davon wollten nur 60 Mann wissen, warum der „Maffenkampf“ verboten wurde! Man darf wohl mit Recht daraus schließen, daß die hallesche Öffentlichkeit den Verlust des „Maffenkampf“ gar nicht bemerkt.

Unter der Straßenbahn.

Auf dem Hallorenzweg vor der Moritzkirche stehen gestern Nachmittag ein Radfahrer und ein Straßenbahnwagen zusammen. Der Radfahrer geriet unter die Schutzvorrichtung der Straßenbahn, wobei er einen Bruch des linken Oberarmes erlitt. Er wurde zum Elisabethkrankenhaus verbracht.

Bis auf den Schneidebahn.

Unsere Behörden sind wirklich gründlich! Heute merkt der Polizeibeamte: Am 1. Juni nachmittags hielten an der Ecke Glauchaer Straße und Wörmlinger ein Radfahrer und ein Straßenbahnwagen zusammen. Der Radfahrer wurde ein Schneidebein (!) herausgeholt. — Radfahrer haben wir, wenn ein Hühnerauge operiert wird.

Nach immer nicht ermittelt ist die am 29. Mai in Wettin an der Lampenreifele der Papig an der Saale gelandete weibliche Diebe. Den Umständen nach ist anzunehmen, daß die Person beim Abgang von der Ecke Glauchaer Straße und Wörmlinger ein Radfahrer und ein Straßenbahnwagen zusammen. Der Radfahrer wurde ein Schneidebein (!) herausgeholt. — Radfahrer haben wir, wenn ein Hühnerauge operiert wird.

Nach immer nicht ermittelt ist die am 29. Mai in Wettin an der Lampenreifele der Papig an der Saale gelandete weibliche Diebe. Den Umständen nach ist anzunehmen, daß die Person beim Abgang von der Ecke Glauchaer Straße und Wörmlinger ein Radfahrer und ein Straßenbahnwagen zusammen. Der Radfahrer wurde ein Schneidebein (!) herausgeholt. — Radfahrer haben wir, wenn ein Hühnerauge operiert wird.



Aus solchen Häusern müssen die Menschen heraus!



Solche Häuser werden gebaut.

mit öffentlicher Hilfe gebaut — die allgemeine Wohnungsfürsorge in Bezug auf Geländeerweisung, und insbesondere die Fürsorge für die Kinderreichen sind die Hauptmerkmale der Wohnungspolitik. Eine ganze Reihe von Genossenschaften sind um die Beschaffung des in Halle so dringend nötigen Wohnraumes bemüht. Diefen Plänen sollen die nachfolgenden Betrachtungen gewidmet sein.

Das Schwerkriegsamt der Bautätigkeit liegt im Süden

Der Stadt, weil dort, abseits vom Industriegebiet, größere Wohnviertel entstehen müssen, um Zeit und Spargeld zu sparen. Um die sogenannte Vorstadt Gesundbrunnen gruppiert sich die Bautätigkeit. Der Spar- und Bauverein „Vund der Kinderreichen“ will dort 106 Wohnungen, bestehend aus 2, 3 und 4 Zimmern errichten. Der Zulpruch ist sehr reg, was daraus hervorgeht, daß diese Genossenschaft in den Jahren 1926-28 Wohnungen größtenteils in Einfamilienhäusern geschaffen hat. Vorgezogen ist Randbebauung an einer künftigen Verkehrsstraße.

Der Bauverein Gartenstadt wird zu seinen 150 Wohnungen, die bereits an der südlichen Straßenfront liegen, weitere 160 errichten, während die Mitteldeutsche Wohnungsfürsorgegesellschaft — Dewo — sich ein noch größeres Bauprogramm gestellt hat und im Hinblick an die bereits geschaffenen 67 Wohnungen in der Gartenstraße weitere 142 errichten will. Dabei ist besonders beachtenswert, daß sie sich auf die freien Gewerkschaften stütze

„Dewo“

hant ihrer reichlich stehenden Geldquellen die Hälfte des diesjährigen Bauprogramms ohne Inanspruchnahme von Hausinspektorenmitteln durchzuführen in der Lage ist, was eine Streckung dieser Summen im Gefolge hat. Allerdings genügt die Stadt Zinszuschüsse, um die Mieten auf einer erträglichen Höhe zu halten. Den Einfamilienhausbau wird in dem bisherigen Umfange die Siedlungs-genossenschaft „Eigene Wohnung“ betreiben, die in den beiden vergangenen Jahren am Gesundbrunnen bereits 300 Einfamilienhäuser geschaffen hat, zu denen 1929 weitere 128 Wohnungen kommen sollen. Diese Genossenschaft bevorzugt die Vollbauweise, und es ist bemerkenswert, zu beobachten, wie im Interesse des Abkönes der Selbsthilfeleistungen

technische Neuerungen

in Anwendung kommen. Die Kleinwohnungsbaugesellschaft W. wird das Schwerkriegsamt ihrer Tätigkeit auf die Stellung hinter der Artilleriestraße legen. Dort sind an der Desseener Straße

älteste Genossenschaft, eine sehr bemerkenswerte Tätigkeit. Dort sind in mühevoller Weise nach den Entwürfen der Reichsbauverwaltung 430 Wohnungen in den letzten zwei Jahren bereits 430 Wohnungen geschaffen worden. Hierzu treten in diesem Jahre weitere 278 Wohnungen, die zu dem Ende der Wohnstätten der Reichsbau zugute kommen. Der sehr rührige und erfolgreiche Bauverein schließt in diesem Jahre weiterhin sein Bauvorhaben am Johannisplatz ab, indem er an der Beschlagerstraße 100 Wohnungen errichtet.

Im Norden Halles

werden zwei größere Baupläne durchgeführt, und zwar wird die Kleinwohnungsbaugesellschaft W. auf ihrem eigenen Gelände am Sandrain (Schragberg vom Gertraudenriedhof) 168 Wohnungen errichten. Der in sich geschlossene, in drei bis vier Jahren fertigzustellende Bauhof steht neben Mehrfamilienhäusern mit Trei- und Vierzimmerwohnungen auf Einfamilienhäusern über und wird wegen seiner vorzüglichen Lage sehr sehr begehrt sein.

An der Trothaer Straße, zwischen Trothaer, Mößlicher und Seebener Straße, hat die Gemeinnützige Aktiengesellschaft

beruht werden müssen von den gemeinnützigen Realreditstituten, insbesondere von der Stadtkasse der Provinz Sachsen und der Landesparlamentarierkassen, größere Beträge nach dem halleschen Bauplan zu ziehen, worauf der mitteldeutsche Volkshausbau berechnigt Anpruch hat.

Wünsche nach gerechter Verteilung

der aus dem staatlichen Wohnungsfürsorgefonds stehenden Mittel erfüllt werden, damit die unter der Wohnungsnot wohl mit am härtesten leidende Stadt Halle das von ihr für 1929 aufgestellte Mindestbauprogramm von 1600 Wohnungen auch durchführen kann.

Die Industrie- und Handelskammer

Sozialreaktionäre Tendenzen in der amtlichen Berufsvertretung der mitteldeutschen Wirtschaft

Die Industrie- und Handelskammer Halle legt der Öffentlichkeit ihren Jahresbericht für 1928 vor. Sie bemüht sich, um an verschiedenen Verhältnissen und Einrichtungen des öffentlichen Lebens Kritik zu üben. Es geht sie namentlich gegen die Steuerpolitik des Reichsfinanzministers und vor allem gegen die Aufhebung des Steuerprivilegs der öffentlichen Hand.

Dann läßt sie Skizzen gegen die nach ihrer Meinung „schonungslos“ herangeführten neuen Steuern, die „nicht unerheblich über dem Spitzenstand der Vorkriegszeit“ liegen folgen. Diese Behauptung begründet die Handelskammer damit, daß die Arbeiterlöhne in den letzten drei Jahren um über 15 Prozent, die Lebenshaltungskosten aber nur halb so stark gestiegen seien. 1928 allein waren die Lebenshaltungskosten sogar nur um 1 bis höchstens 1½ Prozent vermehrt worden, während die Löhne um mindestens sieben Prozent gestiegen seien.

Die Industrie- und Handelskammer

beruht werden müssen von den gemeinnützigen Realreditstituten, insbesondere von der Stadtkasse der Provinz Sachsen und der Landesparlamentarierkassen, größere Beträge nach dem halleschen Bauplan zu ziehen, worauf der mitteldeutsche Volkshausbau berechnigt Anpruch hat. Es bleibt nur noch die Hoffnung bestehen, daß die wiederholt und eindringlich geäußerten Wünsche nach gerechter Verteilung

Die Industrie- und Handelskammer

beruht werden müssen von den gemeinnützigen Realreditstituten, insbesondere von der Stadtkasse der Provinz Sachsen und der Landesparlamentarierkassen, größere Beträge nach dem halleschen Bauplan zu ziehen, worauf der mitteldeutsche Volkshausbau berechnigt Anpruch hat.

Die Industrie- und Handelskammer

beruht werden müssen von den gemeinnützigen Realreditstituten, insbesondere von der Stadtkasse der Provinz Sachsen und der Landesparlamentarierkassen, größere Beträge nach dem halleschen Bauplan zu ziehen, worauf der mitteldeutsche Volkshausbau berechnigt Anpruch hat.

Die Industrie- und Handelskammer

beruht werden müssen von den gemeinnützigen Realreditstituten, insbesondere von der Stadtkasse der Provinz Sachsen und der Landesparlamentarierkassen, größere Beträge nach dem halleschen Bauplan zu ziehen, worauf der mitteldeutsche Volkshausbau berechnigt Anpruch hat.

Dunkelmänner in der Sozialpolitik

Die Bundesgenossen der Arbeitgeber

Die Abwehr der Gewerkschaften gegen die Angriffe auf die Sozialversicherung im allgemeinen und vor allem gegen die Arbeitslosenversicherung, welche erst halb so schwer, wenn die Arbeitslosenversicherung nicht einen kaum merklichen Bundesgenossen hätte: die Unruhmänner. Bei den Gewerkschaften war man in den letzten Wochen oft stark vor Zögern ob der geradezu unheimlichen Abmangelhaftigkeit in sozialpolitischen Dingen, wie sie sich bei den Gegnern der Arbeitslosenversicherung wiederholt geoffenbart hat. Dunkelmänner, Stümper und Ignoranten sind gegen die Gewerkschaften aufmarschiert und — was besonders zu denken gibt — je größer der von ihnen fabrizierte Lärm über sozialpolitische Dinge war, desto bereitwilliger wurde er nicht nur von öffentlichen Einseitigkeiten der Provinz, sondern sogar von Zeitblättern der Großstädte aufgenommen. So hat sich dieser Tage im „Berliner Tageblatt“ ein Mitarbeiter über Fragen der Arbeitsvermittlung und was dazwischen liegt, der anscheinend jahrelang auf dem Monde gelebt hat.

Im „Weltpiegel“ des „Berliner Tageblatts“ vom 24. Mai brachte der Abmangelung unter der Überschrift: „Angebot Werdend zur Erläuterung verschiedener Punkte der Berliner Arbeitslosenversicherung“ eine Reihe von Ausführungen, aus denen man entnehmen konnte, daß im Jahre 1917 der „Zentralverein für Arbeitsnachweis“ gegründet worden ist und daß es seit dem 27. April 1920 auf Grund eines Gemeindegesezes einen planmäßigen Arbeitsmarktaustausch gibt. „Seit diesem Tage“, so heißt es wörtlich, „umschließt alle öffentlichen Berliner Arbeitsvermittlungstellen eine große Organisation. Der Arbeitsnachweis des Magistrats arbeitet zusammen mit dem ihm angegliederten Bundesarbeitsamt; ihm obliegt an dem Grund der Befassung die Beobachtung des Arbeitsmarktes und die Berichterstattung über die Arbeitsnachfrage.“ Weiter heißt es in diesen Ausführungen, daß „... die Arbeitslosenbekämpfung die Säule des Reichs, des Landes und der Gemeinde nach einem gesetzlich festgelegten Schlüssel belasten“.

Verplex und erstaunt fragt man sich, ob denn der Verfasser dieser Ausführungen von den grundlegenden Veränderungen auf dem Gebiet des Arbeitsnachweises gar nichts gehört hat. Weß er gar nichts davon, daß 1922 das Arbeitsnachweis-Gesetz geschaffen wurde, und daß schließlich am 1. Oktober 1927 das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Kraft getreten ist, wodurch

jede organisatorische Verbindung der Arbeitssuchenden und der Landesarbeitsämter mit den Kommunen bzw. den Ländern längst aufgehoben worden ist? Weis er nicht, daß es heute keinen Arbeitsnachweis des Magistrats mehr gibt und daß auch das Landesarbeitsamt dem Magistrat nicht angeschlossen ist? Hat er nie etwas von einer Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung gehört? Hat er nie etwas davon erfahren, daß die geschiederte Verteilung auf Reich, Länder und Gemeinden zwar in der früheren Erwerbslosenfürsorge vorhanden war, seit dem 1. Oktober 1927 aber nicht mehr existiert? Man sollte annehmen, daß Zeitblätter in der Kritik der Arbeitslosenversicherung, der wichtigsten innerpolitischen Frage des Augenblicks, mit peinlicher Gewissenhaftigkeit arbeiten. Leider ist das, wie die Tatsachen zeigen, nicht der Fall. So sind ja auch im „D.“, wie von den freien Gewerkschaften festgesetzt werden mußte, die Bewauptungen der Arbeitgebervereinigungen, wonach ihre Zeitschrift in der Frage der Beschäftigungsprüfung bei der Arbeitslosenunterstützung nur eine beschränkte Anrechnung bestimmter Einnahmen bringe, gutgläubig angenommen worden, obwohl ein Vergleich zwischen den Forderungen der Vereinigungen und den Bestimmungen der Erwerbslosenfürsorge sofort zeigen mußte, daß die Forderungen der Arbeitgeber den Rechtszustand, wie er in der Erwerbslosenfürsorge herrscht, in noch verwickelteren

Sozialpolitische Volksaufklärung großen Stills tut not.

Die Hege gegen die Sozialversicherung und vor allem gegen die Arbeitslosenversicherung hätte nicht den Umfang angenommen, wenn man in der Bevölkerung über die gesetzlichen Bestimmungen, über Rechte und Pflichten der Versicherten besser Bescheid wüßte. Nur Unverständnis und Unwissenheit machten es möglich, daß z. B. die sozialpolitischen Kurpfuscher Augenblicke mit ihrem „Vernunftparasitenvorschlag“, der die Sozialversicherung ablösen sollte, in der breiten Öffentlichkeit ein Echo fanden. Die Presse folgte

etwas weniger Kriminalgeschichten, Erroti- und Albernheiten den Lesern vorsetzen und etwas mehr solide Informationen über die elementarsten sozialpolitischen Dinge. Dann wäre schon viel gewonnen.

Zomski abgesetzt

Moskau, 2. Juni.

Das Plenum des Zentralrats der Gewerkschaften hat Zomski seiner Ämter als Vorsitzender und Präsidialmitglied des Rates entbunden und das Amt des Vorsitzenden überhaupt abgelehnt. An der Spitze des Zentralrats wird künftig ein Sekretariat stehen, das sich aus fünf Mitgliedern zusammensetzt. Zu Mitgliedern dieses Sekretariats wurden Bogdanoff, Maloff, Schewerik, Weinberg und Jewrejnoff gewählt.

Es fällt schon weiter nicht mehr auf, wenn ein Veros und Führer der russischen Revolution des Bündel schmeißen muß, um seine alte Partei und das Werk, das er mitgeschaffen hat, zu verlassen. Die Tragödie Trotzki hat die Welt lange genug in Atem gehalten. Die Leute, die den gleichen bitteren Weg wie er gehen müssen, können sie viel Mühseligkeit nicht beanspruchen. Dennoch heißt man die Androhung von der Absetzung Zomski nicht ohne Erschütterung.

Zomski ist der allmächtige Führer der sogenannten russischen Gewerkschaftsbewegung gewesen und mehr noch, der Präsident der sogenannten roten Gewerkschaftsinternationale. Wer lagen ausdrücklich „Jogenanni“. Denn diese Gewerkschaften in Rußland sind in nicht freie Organisationen freier Arbeiter, die sich im Klassenkampf ihre Arbeitsbedingungen erkämpfen, sondern staatliche Organisationen, die nicht zu kämpfen, sondern den Willen der Regierungen zur Ausführung zu bringen haben. Immerhin stellen sie eine Macht dar, die nicht ohne weiteres beiseite zu schieben war und deren Führer unter Umständen unbenommen werden konnten. So ist es mit Zomski ergangen:

Zomski wurde unbenommen.

Er erkannte den Kurs der stalinischen Wirtschaftspolitik, aber die Bauern misshandelt, aber den Kurs auf die Arbeiterfront wandte, und sah die Gefahren dieses Kurzes und warnte. Er, der

alle Volksemiss, der Wärmepfer unter der Garbe Benins, wambets unter dem Druck der Ereignisse in das Lager der Rechtsopposition ab, die die einzige Rettung Sowjetrußlands in einer großzügigen Konzeptionspolitik an die Bauernschaft liegt. Darüber ist Zomski gefallen.

Er ist, wenn man will, letzten Endes ein Opfer der Brotkruste und der Fleisch- und Butterkontingentierung, die er mit Ingrimim befaßte; und denen er durch eine Wendung der bolschewistischen Politik zu begreifen lernte. Sein Abgang ist ein Zeichen für die schwere Krise, die Sowjetrußland durchläuft.



Zomski, der jetzt seiner Ämter entbunden wurde.

Industriearbeiterlöhne für Landarbeiter

Verhandlung der Landarbeiter.

Riel, 5. Juni. (Eig. Drahtf.)

Auf dem Rieder Verbandstag des Deutschen Landarbeitersverbandes sprach das Verbandsmitglied Bernier am Mittwoch über das bedeutendste sozialpolitische Problem „Industriearbeiterlöhne für Landarbeiter“. Die

Verband sorgen. Die Landwirtschaft kann schon heute höhere Löhne zahlen. Die Landwirte müssen sich nur ihrer betriebswirtschaftlichen Pflichten besser erinnern. Die Bezahlung der Landwirte, daß die Löhne an der Wägere der Landwirtschaft liegen seien, ist glatter Schwindel. Der Verband verlangt vor allem Gleichstellung der Landarbeiterschaft mit den Lohnjägern der Bauarbeiter; denn der Bauarbeiterberuf kommt



Die große Kundgebung der schlesisch-pommerschen Landarbeiter vor dem Gewerkschaftshaus in Riel als Auftakt zur 5. Hauptversammlung des Deutschen Landarbeitersverbandes.

Sohnverhältnisse der Landarbeiter — führte Bernier aus — werden vielfach für günstiger gehalten, als sie in Wirklichkeit sind. Die landwirtschaftlichen Arbeitgeber haben sich redlich Mühe gegeben, der Öffentlichkeit einzureden, daß es den Landarbeitern eigentlich recht zu geht. Dabei haben sie stets besonders von den Duplizitätsformen Wunderdinge erzählt. Der Landarbeitersverband muß gegen diese Lügefront machen. Es ist falsch, die Vertragsfälle des Duplizitätsfalls als Lohn zu betrachten. Der Gesamtlohn in den Jahren des Epochenabwärtens betrug sich in der Landwirtschaft zu Beginn des Jahres 1929 zwischen 85 und 48 Pf. Das ist Schandmal. Selbst von bekannten Agrarwissenschaftlichen wird die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Lohnverhältnisse in der Landwirtschaft anerkannt. Die Forderung nach Industriearbeiterlöhnen wird deshalb nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden. Dafür wird schon der

für die vom Lande abgehenden Kräfte in erster Linie in Frage. Ueber die Einführung von Leistungslohn kann erst gesprochen werden, wenn eine beträchtliche Steigerung der Zeitlehne — die Basis für den Leistungslohn — erfolgt ist. Hoher Lohn hat sich stets in der Industrie als produktionsfördernd erwiesen, er ist es auch in der Landwirtschaft. Ein vernünftiger Landarbeiterlohn ist das beste Mittel zur Eindämmung der Randflucht. Die Lohnverhältnisse der letzten Jahre haben nicht entfernt das gebracht, was angesichts der Verteuerung der Lebensverhältnisse erforderlich war. Der Verband hat mitunter den Eindruck, als wenn in der Lohnfrage die Arbeitgeber nicht mit offenen Karten spielen. Landarbeit ist gelernter Arbeit. Sie muß auch als solche bewertet werden. Das erfordert die Gerechtigkeit.

Berniers Ausführungen wurden auf der Tagesordnung der Einführung der Inzestbenennung (Einführung die Einführung) fallen wird.

Verhandlung der Gattler.

Dresden, 5. Juni. (Eig. Drahtf.)

Der Verbandstag der Gattler, Tapelager und Portefeuille nahm am Mittwochvormittag einen Vortrag über die Ergebnisse der Lebensführung entgegen. Im Anschluß daran befasigten die Delegierten das Dresdener Berufsberatungsinstitut. Am Nachmittag fand ein Ausflug nach dem taufendjährigen Weissen Saund.

Die Wiener Hotelangestellten kämpfen Streik an.

Wien, 6. Juni. (Radiomeldung.)

Die Organisation der Wiener Hotelangestellten beschloß am Mittwoch, an die Arbeitgeber eine ultimative Forderung auf Erhöhung der Löhne ihrer Mitglieder zu stellen. Falls diesem Ultimatum nicht entsprochen werden sollte, wird am Dienstag der Streik beginnen.

Kein Kampf in der Holzindustrie.

Ein neuer Schiedspruch beiderseitig angenommen.

Berlin, 6. Juni. (Radiomeldung.)

Zu den am Mittwoch bis in die späten Abendstunden geführten Einigungsverhandlungen im Holzgewerbe vereinbarten die Parteien, sich einem endgültigen und bindenden Schiedspruch des Vorsitzenden ihrer Verhandlungen zu unterwerfen. Der daraus resultierende Schiedspruch sieht den Abschluß eines Tarifvertrages bis zum 15. Februar 1931 und eine Lohnregelung bis zum 1. August 1930 vor. Die Löhne werden durchschnittlich um 5 Prozent erhöht.

Durch die erzielte Einigung ist ein Tarifstreik von etwa sechsmonatiger Dauer beendet, in den mehr als 120 000 Arbeitnehmer hineingezogen waren.

Die Verhandlungen über die Verbindlichkeit des Schiedspruches für die Reichsbahn sind gescheitert. Es ist anzunehmen, daß nunmehr der Reichsarbeitsminister den Schiedspruch für verbindlich erklärt.

Techniker in der heutigen Wirtschaft

Der technische Fortschritt hat der Kultur und der Wirtschaft neue Höhen gemauert. Der Träger der Technik, der Techniker, kann man daher mit Recht als „Pionier der Kultur“ und „Förderer der Wirtschaft“ bezeichnen. Dennoch wird der Techniker in Staat und Gesellschaft immer noch zurückgedrängt. In öffentlichen und privaten Betrieben fehlt der Zutritt und Vernunftbeamte weiß an erster Stelle, während sich der Techniker mit der zweiten begnügen muß. Vor allem lassen aber die Rechtsverhältnisse der als Angestellte in privaten und öffentlichen Diensten tätigen Techniker sehr viel zu wünschen übrig. Es ist festzustellen, daß gewisse arbeitsrechtliche Schutzbestimmungen zwar für laienmännliche, nicht aber für technische Angestellte gelten, und wie leicht es mit dem Schutz des geistigen Eigentums des öffentlichen Ingenieurs und Technikers? Während die Schöpfung selbst des genialsten Schriftstellers, Malers oder Bildhauers geschützt ist, wird den technischen Angestellten der Rechtsanspruch auf die von ihnen in ihrem Berufe gemachten Erfindungen verweigert. Weis geben die Bestimmungen, ohne daß der angestellte Techniker ein Gewinn beteiligt ist oder auch nur eine Entschädigung erhält,

auf die Firma über, unter deren Namen sie erfinden. Dieses Unrecht muß endlich beseitigt werden. Um das zu erreichen, haben sich die technischen Angestellten in einer starken Berufsvereinigung zusammengeschlossen, dem Bund der technischen Angestellten und Beamten.

Der Bund zählt zurzeit mehr als 60 000 Mitglieder. Er ist im Mai 1919 als Einheitsgewerkschaft der technischen Angestellten und Beamten durch die Vereinigung bis im Jahre 1884 gegründeten Deutschen Techniker-Verbandes mit dem 1904 gegründeten Bund der technisch-industriellen Beamten entstanden. Unerwartlich hat sich der Bund der Interessen der technischen Angestellten und Beamten angenommen. Er bezieht sich aber nicht auf sozialpolitische Forderungen, sondern macht auch von dem Mittel der gewerkschaftlichen Selbsthilfe Gebrauch. So gelang es ihm, die Gehalts- und Arbeitsverhältnisse der technischen Angestellten und Beamten zu verbessern: er ist zurzeit an etwa 300 Tarifverträgen beteiligt. Zur Durchführung seiner gewerkschaftlichen Aufgaben und um seinen Mitgliedern Unterstützung bei Stellenverlust, Sterbefällen, Unglücken, die infolge Stellenwechsels notwendig werden, in besonderen Notfällen und bei gewerkschaftlichen Kämpfen, ferner hat er einen aufgestellten Stellennachweis, der mit einer Firmenanzahl verbunden ist. Eine besonders wichtige Einrichtung des Bundes ist seine Rechtsabteilung. Den Mitgliedern wird hier sachverständiger Rat beim Abschluß von Dienstverträgen, in Fragen des Erfindungsrechtes usw. erteilt. Bei Streitigkeiten zwischen dem Arbeitsverhältnis gegenüber der Firma seinen Mitgliedern kostenlos Rechtshilfe. Nach einem Bescheid des Bundesorgans, der „Zeitschrift für Technik“, gelang es dem Bund, allein im Jahre 1928 über 600 000 M. an deren Gehältern und etwa 100 Zeugnissen sowie Ansprüche aus sozialer Versicherung usw. für seine Mitglieder zu erwirken. Der Bund ist auch bemüht, seine Mitglieder über die geltenden Rechtsverhältnisse aufzuklären. Er hat deshalb eine kleine Schrift unter dem Titel „Es wurde Recht“ herausgegeben, die allen technischen Angestellten auf Wunsch kostenlos zur Verfügung gestellt wird.

Als Untersuchungen zeigte der Bund im Jahre 1928 trotz der verhältnismäßig günstigen Konjunktur, wodurch die Anforderungen an Stellenanforderungen gegenüber den Vorjahren verhältnismäßig gering waren, 400 000 M. aus.

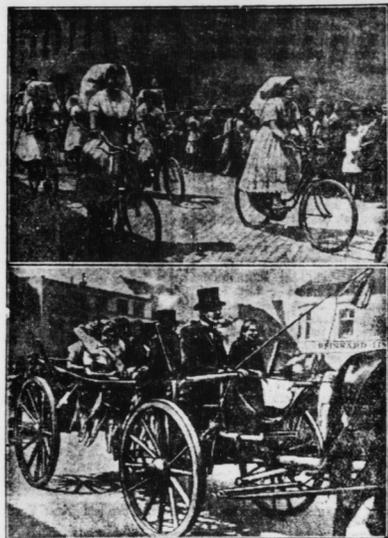
Vor neuen Gehaltsverhandlungen in Versicherungsberufen. Wie der Zentralverband der Versicherungsberufe in den neuen Schlichtungsverhandlungen, betreffend den neuen Schlichtungsvertrag im Versicherungsberufe, am 14. Juni in Berlin statt.



Blatt der Frau.



Ein Spreewälder-Trachtenfest



fand in Borsdorf statt. Spreewälderinnen auf dem Hase und ein weiblicher Hochzeitswagen erregten besonderes Interesse unter den zahlreich erschienenen Zuschauern.

Die große Heirat

Von Charlotte Richardt

Die Feiger der einzigen Turmuhr des Landstädtchens stehen um 1/2 Uhr. Keine hebt die Betelode der kleinen gotischen Kirche an zu läuten. Die zweite Glocke fällt sanft ein, und bald stimmt freudig die dritte die große, die tiefe, zu wohlklingendem Dreiklang mit. So wird es eine Viertelstunde lang über Borsdorf laut. Denn heute ist ein besonderer Tag für die arbeitssame, geistig jedoch recht träge Kleinstadt. Um 5 Uhr wird in der Erlöserkirche das Kinderabend des Kommerzienrats Faber, Elise Schmidt, — nunmehr Elia genannt, weil das Vornamenkling — mit dem Dr. med. Fritz Berger aus der Reichshauptstadt getraut. So etwas gab es bis heute in Borsdorf noch nicht, das ein Akademiker, ein Doktor, ein kleines, behedenes, armes Kindermädchen aus wirklich gebräuteter hätte. Alle ahnlichen disberigen Absichten, von denen man hin und wieder gemunkelt und geflucht hatte, waren schließlich nie Wirklichkeit, „reelle“ Absichten gesehen.

Die ganze Stadt ist unruhig und auf den Beinen. Jeder will sehen, ob der Doktor-Bräutigam tatsächlich kommt, ob er nicht im letzten Augenblick abgeblieben hat. Verwandte der Braut sitzen dabei. Heißgeliebte Mütter leben nach einer stillen Senkung. Vor der Kirche drängt und schiebt sich die Menge los aufgeregt und schaulustig, als erwartete man wie früher, den Landesfürsten oder den Bischof. Die Hauptstraße bis an den Marktplatz mit dem Remonistrotel der Stadt, in dem die prunkvolle Hochzeitfeier bis zum nächsten Morgen stattfinden wird, ist links und rechts vollgedrängt von tausend und mehr Menschen. Die Häuser müssen wohl alle leer sein. Der Verkehr ist unterbrochen. Die Stadtpolizei, die heute mit der Feuerwehr zusammen Dienst tun muß, steht an den Straßenrändern Spalier, damit der Damm für den Brautzug frei bleibt.

Es lautet immer noch, hell und dumpf, harmonisch und erregt, bekräftigend und voraussetzend. Anzureden öffnet sich die alte Kirchenart. Der wichtig wende Mütter tritt im Festtagssitzat heraus, um noch einmal nach dem Redner zu hören. — Langsam, bedächtig und beschleunigt geht er die meisten Treppentufen herunter, die mit einem großen roten Teppich belegt sind. Er prüft, ob der Zeitpunkt gut liegt, damit niemand darüber stolpern und deshalb ärgerlich später das Trinkgeld verweigert. Darauf ist der Käufer bei seinem niedrigen Gehalt angewiesen. Ein Lebensbaum, der ihm im Wege steht, rückt er ein wenig beiseite. Solche Beschäftigung macht sich recht gut, beweist auch den Zuschauer, daß ein Mütter nicht abgekauft werden darf. Zufrieden überblickt er den festlich geschmückten Kirchplatz. Dann begibt er sich, mit schiefem Blick auf die große Turmuhr, in das stille Kirchenportal zurück. Die Menge rührt sich und räumt. Bald wird der erste Wagen kommen. Es soll ein vierwägen sein. Nachbars Berta erzählt es gerade. Sie weiß es vom Kupfer, der ihr Freund ist.

Es ist fünf Minuten vor 5 Uhr. Unruhe geht durch die Reihen. Nachdruck drängt die Polizei alles auf die Bürgersteige zurück. Dann bildet sie erneut eine Reihe. Man redt die Hälfte, bildet die Kören. Die Mütter stehen offen. Die ersten Wagen rollen über das halbrunde Pflaster der Hauptstraße herauf. Behutsam biegen sie nach dem Kirchplatz ein. Ruderer reihen Türen auf. Die

Hochzeitstage steigen aus. Einige stolpern vor Herzkosität und ungewohntem Gepränge. Dann gehen sie paarweise und hübsch nachdenklich in die Kirche. Das hat man gut eingeübt. Wagen auf Wagen folgen. Hüßig, fest, adig, schön. Die Glocken läuten emsig und ermunternd. Es geht ja zu ihrem Gauderndent. Heute, fünf 15 Minuten Gelaut bestellt, sogar im voraus bezahlt. Aus den letzten Wagen kettern die Eltern des ungewohnten Brautpaars. Der Mütterseiger der Turmuhr rückt weiter. Er ist jetzt ganz besonders wichtig. Denn der Bräutigam ist nicht nur Dr. med. Er ist auch Oberleutnant der Reserve a. D. So stand es in der großen Verlobungsanzeige des „Generalanzeigers“ und das bedeutet Pünktlichkeit. Das Glodenpiel wird schwächer, klingt leiser werdend nach. Nun ist es verflummt. Auch die Mütter der neugierigen Menge sind still geworden. Jeder will jetzt nur sehen, alles sehen, nichts sich entgehen lassen.

Da — da kommt das Wunderbare, das nun doch Ereignis gekommen ist. Der schmale Wagen mit Bierwagenpaar, der sich in der ganzen Stadt aufbrechen ließ — auch der Landrat ist in etwa zur Trauung in dieselbe Kirche gefahren — bewegt sich mit dem Brautpaar behutsam langsam nach der Einbaltung einer schnellen Wiebe. Jetzt kann sich die vor Aufregung schwebende Menge hoffnungsreicher Mütter und nachempfindender Lächler nicht mehr halten. Mit Wacht bricht auf sich die Polizei- und Feuerwehrbesetze und stürzt polternd an den Brautwagen, der vor Entsetzen wackelt. Ergriffen steht der Konjektion, der gegenüber der Kirche sein Geschäft betreibt, seine Angestellten unter den Menschen verschwinden. Ein Mütter verhält nutzlos im Kärm, denn seine romantisch veranlagten Liebesmädchen sind in feste Verlobung gefallen. Die Umwelt und ihre betragtsmäßigen Pflichten lassen sie vollständig vergessen.

Aus einer engen Reihenfolge rattert ein großes Schiffsmerk heran. Es muß durch die Hauptstraße fahren, durch die Menschenmenge, um noch bis 6 Uhr am Güterbahnhof zu sein. Mit Weifen, Schützen und tüchtigen Beifenschnägigen verjucht der stehende Fußmann sich einen Weg durch die Menge zu bahnen. Vergeblich! Die Menschen weichen nicht einen Schritt zur Seite. So muß der Fußmännchen geduldig stehen bleiben und warten. Er ist besonders böse darüber, daß gerade Elise Schmidt ihn in dieser Arbeit auf sich schon lange hatte, ein Auge auf sie gefonnen. Seitdem sie aber im Beisehen den Doktor kennengelernt hat, sind seine heimlichen Hoffnungen aufgehoben geworden. So etwas kann sein blutendes, heute noch lebendes Herz nicht erwidern.

Inzwischen ist das Brautpaar unter dem Freudengetöse der verammelten Gassenjungen, die jedes Ereignis auf ihre Art zu nuzigen wissen, in der Kirche verschwunden. Man hört nur leises Dagehissel und gedämpften Pfeilsang. Seifenbesatzes Aufstumpf geht durch die neugierige Menge. Einige Mütter widgen sich schnell und heimlich Tränen der Rührung nach. Frau Geier, die mit der gepukten Tochter, die nie einen Mann findet und überall zu sehen ist, wo etwas los ist, sagt das Gagehissel mit ihrer genobnt folgenden Ritze zusammen: „Da sieht man doch, daß auch die armen Mädchen noch Chancen haben.“ Mit neuem, erbebendem Mute gehen Mutter und Tochter nach Hause. — Bis zur nächsten Hochzeit, die wieder nicht die eigene ist.

„Dienstboten“-Schicksale

Beiträge zu einem Hausangestelltenlexikon

In den letzten Tagen wurden vor dem Arbeitsgericht Berlin nachfolgende drei Klagen verhandelt, die zur etwa jeden Monatszeitung beschäftigen. Die Verhandlungen haben einen lehrreichen Beitrag zu der jetzt erörterten Frage, ob ein Hausangestellter Anspruch auf eine Pension hat.

Das verlorene Gehör.

Die Klägerin war bei dem Beflagten als Hausmädchen tätig. Der „gnädige Herr“ war sehr temperamental. Wiederholt hat er seine Angestellten in heftiger Weise beschimpft. Damit nicht genug, hat er sie auch körperlich geprügelt. Das Mädchen wollte aber die Stelle nicht aufgeben aus Furcht, arbeitslos auf der Straße zu stehen. Einmal wurde der „gnädige Herr“ dann doch zu bity. Er schlug das Mädchen in brutaler Weise an den Kopf, so daß sich das Mädchen in Krankenbehandlung begeben mußte. Hier wurde schließlich, das infolge des Schläges das Gehör der Patientin gelitten hatte. Sie blieb auf einem Ohr gänzlich taub, auf dem zweiten Ohr war die Hörschwäche fast beringert.

Das Mädchen klagte nun vor dem Arbeitsgericht eine Entschädigung in Höhe von 2000 M. ein. Sie will sich eine neue Gehörmaschine kaufen, die ein halbtägiges Hausangestelltes kann sie immer bedienend haben lassen, zumal sie noch immer in ärztlicher Behandlung ist.

In der Verhandlung vor dem Arbeitsgericht Berlin ließ der Beflagte sich durch seinen Privatsekretär vertreten. Die Verhandlung endete mit einem Vergleich in Höhe von 1000 M., doch bezieht sich der Vertreter des Beflagten ausdrücklich den das Gehör vor, falls etwa der „gnädige Herr“ die Höhe der Vergleichssumme zu hoch sein sollte.

Der verlorene Finger.

Die Klägerin war als Hausangestellte im Haushalt eines Krupen tätig. Zu ihren Vorgesetzten gehörte das Aufwärmen des Speckschminners. Bei dieser Arbeit stieß sie sich eines Tages in den Finger. Wie sich später herausstellte, an einer Nadel, mit der der Krupen gerade einen Patienten behandelt hatte, der an einer aufsteckenden Krankheit litt. Das Mädchen meldete ihre Verletzung sofort der Gattin des Krupen, die jedoch nichts feststellen konnte. Am Nachmittag des Tages bekam das Mädchen Fieber und mußte ins Bett. Am nächsten Morgen war das Fieber noch stärker geworden. Erst jetzt ließ sich der Arzt die Verletzung seiner Angestellten an. Er sprach sofort die Vermutung aus, daß eine Infektion durch die Nadel erfolgt sei. Trotzdem schritt er erst am nächsten Tage zu einer Operation. Die Wunde ver-

schlimmerte sich mehr und mehr, so daß das Mädchen schließlich ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Als es nach Monaten entlassen wurde, war der Finger fast und fernerst. Der Krankenhausaussatz und der Vertrauensarzt der Krankenkasse hatten sich gutachtlich dahin geäußert, daß man den Finger amputieren mußte, damit die Patientin wieder arbeitsfähig würde.

Vor dem Arbeitsgericht klagte das Mädchen auf Zahlung einer Schmerzenssumme von 1000 M. und auf Befreiung einer lebenslänglichen Rente. Der Arzt bewies, daß die unrichtige Nadel fertigt gewesen sei. Demgegenüber fanden verschiedene ärztliche Gutachten, in denen es hieß, daß die Angaben der Klägerin durchaus glaubhaft seien.

Der Vorsitzende riet dringend zu einem außergerichtlichen Vergleich und setzte den Prozeß 14 Tage aus.

Das verlorene Augenlicht.

Die Hausfrau wollte sich umbedingt selbst in der Küche betätigen und wenigstens die Zellerschleifen fallen lassen. Versehenlich drehte sie den Dampfmaschinen auf. Nach einigen Minuten kam das Mädchen dazu, drehte das heiße Wasser ab und darauf das Wasser auf. In diesem Augenblick erprobte die gefüllte Zellerschleife die Schwere liegen dem Mädchen ins Gesicht. Sie mußte ins Krankenhaus. Dort stellten die Ärzte fest, daß das eine Auge völlig erblindet und das andere in Mitleidenschaft gezogen war. Um das zweite Auge zu retten, mußte das rechte entfernt werden.

Das Mädchen machte für sein Augenlicht die Dienstherren verantwortlich und verlangte Ersatz vor dem Arbeitsgericht. An es verlangte zunächst Ersatz der durch die Krankheit entstandenen Unkosten und Vergütung des Lohnausfalls. Rentenansprüche wurden nicht erhoben.

Das Gericht gab der Klage nur zur Hälfte statt. Es vertrat den Standpunkt, daß die Frau des Beflagten gewissermaßen die nötige Sorgfalt außer acht gelassen habe und daß dadurch der Schaden entstanden sei. Das Gericht vertrat aber weiter den Standpunkt, daß die Klägerin ein gewisses Misstrauen haben sollte, denn „sonst hätte die Nadel nicht gerade in den Augenblick erproben können, wo die Klägerin das kalte Wasser aufdrehte.“ (1) Dieser Ansicht des Gerichts steht das Gutachten des gerichtlichen Sachverständigen gegenüber, der ausführt, daß die Explosion ausschließlich durch die Erhebung der im Zellerschleife enthaltenen Kohlenäure erfolgt sei. Gegen das Urteil, das dem Mädchen für das verlorene Augenlicht nur etwa 250 M. zuspricht, ist Berufung eingelegt worden.

Stoyford Green ist auch Mitglied des Senats des British Freeports Act.

Die Frau in Spanien. Es vor einigen Jahren war Spanien in bezug auf Frauenerziehung eines der rückständigsten Länder Europas. Im Jahre 1900 war noch keine einzige Spanierin bei einer hiesigen Universität immatrikuliert. Jetzt Jahre später waren 88, und im Jahre 1927 waren es allerdings schon 3285. Philosophie, Pharmazie, Literatur und Jurisprudenz sind die bevorzugten Studien.

Wie bedient man die „einfache“ Frau?

Und wie die Gnädige? Im Unterricht der Braunschweiger Berufsschulen erhalten die weiblichen Handelangeestellten folgende Belehrung über das Grützen der Kunden: „Verschiedene Formen des Grüßes: Einfache Gruben: vertraulich, keine feste Formlichkeit. Gruben: sie nennt den Kunden, macht mißtrauisch und beleidigt. (Anrede: Guten Tag, liebe Frau!)“

Über die einfache Kunden: Sie hören, befolgen, sind freundlich. Tiefe Verbeugungen, ernste Miemen. Anrede: Gnädige Frau, was befehlen Gnädige Frau? Wollen Frau Geheimrat Platz nehmen.)

Über die einfache Kunden: Sie hören, befolgen, sind freundlich. Tiefe Verbeugungen, ernste Miemen. Anrede: Gnädige Frau, was befehlen Gnädige Frau? Wollen Frau Geheimrat Platz nehmen.)

Jeder Kunde muß bedient werden, wie es ihm beliebt. Dieser Katalog von der lieben Frau über die befehlende Gnädige bis zur Frau Geheimrat ist sehr erbaulich.

Die ältesten Siedeln. Eine der ältesten Begründer, das wir kennen, ist die Siedel, die zum Geringsten in der Geschichte der vorgeschichtlichen Zeit sind an verschiedenen Stellen Siedeln aus der Bronzezeit in großer Zahl aufgefunden worden. Aus der Steinzeit, die der Bronzezeit voranging, hat man bisher keine Siedeln gefunden. Dagegen sind aus jener ältesten vorgeschichtlichen Zeitalter vor allem Hammer und Beile aus Feuerstein erhalten.

Erste weibliche Kriminalkommissarin

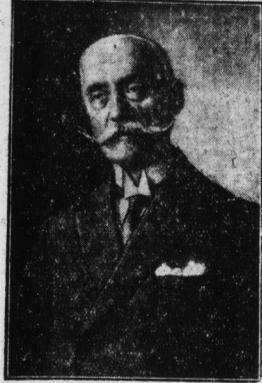


im Berliner Polizeipräsidium, Frau Geheimrat Dorothaea Freundthof.

Zod einer irischen Politikerin.

In Dublin starb Mrs. A. Stoyford Green, die Gattin eines Historikers, die selbst eine ausgezeichnete Kennerin der irischen Geschichte gewesen ist. Vor allem wurde sie jedoch bekannt als Mittelpunkt des politischen Lebens in Irland. Bis zum Jahre 1926 hatte sie in London gelebt, dann aber aus Enttäufung über eine Reihe von Verletzungen diese Arbeit verlassen und sich nach Dublin zurückgezogen. Dort hat sie eine politische Tätigkeit entfaltet und u. a. den Sozialist-Beitrag von 1921 mit vorbereitet. Mrs.

Admiral Konduriotis



wurde vom griechischen Parlament zum ersten... Konduriotis ist liberal-demokratisch, gehört aber keiner Partei an.

Fremdenhaß in der Türkei. Voricht vor Arbeitsgehehen.

Ein neues türkisches Gesetz mit dem ausgesprochenen Zweck des Druckes auf die nationale... Fremdenhaß in der Türkei. Voricht vor Arbeitsgehehen.

Eine Autoladung „Kotgestempelter“.

Am dritten Verhandlungstage im Winter-Prozess... Eine Autoladung „Kotgestempelter“.

Stahlhelme als Räuber.

Das Schöffengericht Königsberg verurteilte die Räuber Arthur und Bruno Töben... Stahlhelme als Räuber.

Die Spaltung der Friedensgesellschaft. Am Dienstag ist unter Führung des gegenwärtigen... Die Spaltung der Friedensgesellschaft.

Zehn Jahre Versailles

Die SPD lehnt die geplanten nationalistischen Rundgebungen auf das entschiedenste ab

Der Sozialdemokratische Pressedienst schreibt: Am 28. Juni, dem 10. Jahrestag des Unterzeichnungsaktes von Versailles, werden Kundgebungen geplant, die angeblich „überparteilichen“ Charakter tragen sollen. Die verschiedensten Körperschaften hat man bereits für diesen Plan zu interessieren versucht. So hat u. a. auch der Deutsche Städtebund an seine Mitgliedsstädte die Anregung weitergegeben, Kundgebungen gegen die Kriegsschuldbehandlung zu veranstalten oder zu fördern.

Um alle Mißverständnisse auszuwicheln, sei festgestellt, daß die Sozialdemokratische Partei diesen Plänen fernste steht und sich an ihrer Ausführung nicht beteiligen wird.

Die Sozialdemokratie hat seit zehn Jahren alles getan, um das Unrecht des Vertrages von Versailles zu mildern, seine Lasten zu erleichtern und falsche Urteile über das deutsche Volk, wie sie sich während des Krieges in der Weltmeinung festgesetzt hatten, zu erschüttern. Kein objektiv Urteilender wird be-

haupten, daß diese Arbeit ohne Erfolg geblieben ist. Sie ist aber dauernd geführt und oft in ihrem Erfolg beeinträchtigt worden durch nationalisierende Elemente, denen es nicht darauf ankommt, dem deutschen Volk zu helfen, sondern nur darauf, die Sozialdemokratische Partei zu verleumdern und zu beschimpfen.

Die Sozialdemokratische Partei denkt nicht daran, sich mit solchen Elementen zu einer gemeinsamen Aktion zu verbinden und sich an Kundgebungen zu beteiligen, die nach der Absicht mancher ihrer Teilnehmer der Aufpeitschung nationalisierender Leidenschaft dienen sollen. Dem deutschen Volk und seiner Stellung in der Welt wird besser gedient sein, wenn der 28. Juni als ein Tag der stillen Einkehr und Selbstbetrachtung begangen wird, als wenn an ihm Rednerherden geredet und Redeschmüre getan werden. Mehr als irgendein anderer Tag der deutschen Geschichte mahnt dieser zur Nüchternheit. Diejenigen, die trotzdem das Bedürfnis fühlen, sich an Redensarten zu bereichern, mögen am 28. Juni unter sich bleiben.

Die Sozialdemokratie macht nicht mit!

Der letzte Trost

Vor etwa einem Jahre ermorbt ein Staatspenitentiarius in den Vereinigten Staaten ein Mann namens Miguel Elvez in ein junges Mädchen, weil es sich weigerte, ihn zu heiraten. Er wurde zum Tode verurteilt; seine Hinrichtung durch elektrischen Stuhl sollte vor kurzem stattfinden. In der Nacht vor der Exekution erschien bei dem Gefängniswärter ein verkleidetes junges Mädchen in Trauerkleidung, das eine große Bibel in der Hand trug. „Geben Sie sie Miguel!“ bat die Dame mit Tränen in der Stimme.

Von dem Schmerz des jungen Mädchens gerührt und voller Ehrfurcht gegenüber der Bibel entfiel ihr der Bemerkung, daß diese dem Verurteilten als letzten Trost vor seinem Tode zu übergeben.

Wenige Augenblicke, nachdem dies geschehen war, wurde der Richter, der vor der Stelle des Verurteilten saß, plötzlich von einer Hand am Hals gepackt und die Wundung eines Revolvers, obwohl ihm vor die Stirn.

„Wach auf!“ flüsterte die Stimme des Verurteilten durch das Gitter, „oder ich schieße dich nieder!“

Der Anseher gehörte. Er wurde von dem Richter gefesselt und gemeldet. Dann schickte Elvez durch die Gänge und übermannte den Aufseher an der Tür auf die gleiche Weise wie den anderen Beamten. Draußen sprang Miguel in ein geschlossenes Auto, das vor der Tür wartete, und fuhr mit größter Geschwindigkeit davon.

Während die Polizei den Flüchtigen wieder zu ergreifen suchte, stellte die Gefängnisverwaltung eine Untersuchung darüber an, auf welche Weise die Flucht möglich gewesen war. Man fand vor einem Rasen, bei einer der Aufseher die Bibel unter dem Bette des Verurteilten herabgerollt. Ein Canab war so, daß, auf dem Rasen sehr gut eine Höhlung hatte angebracht werden können, in der sich wahrscheinlich der Revolver befunden hätte.

Erst nach langem Suchen hat man den geflüchten Gefangenen in einem Boot bei Philadelphia ermittelt, wo er nach bestiger Gegenwehr bei der rotenz Schiffsleute überhand genommen wurde, übermannt werden konnte. Miguel Elvez wurde wieder in das Gefängnis eingeliefert und wird in den nächsten Tagen seiner Hinrichtung entgegen.

Lappalien-Justiz

Fort mit den unsinnigen Meinungsprozessen!

Eine „genügende“ Meinungsbeilage befristigte das Rürnberger Schwurgericht. Im Mittelpunkt des Prozesses stand ein gedruckter Kinderwagen G. zum Kauf angeboten hat. 50 Mk. sollten dafür gezahlt werden. Davon wollten die Eheleute G. nichts wissen. Im Höflichkeitsfall wollte sie 25 Mk. geben. Frau G. reduzierte ihre Forderung auf 40 Mk. und betonte, sie werde um keinen Preis weiter nachgeben, doch erwiderte Frau G. nichts. Als der verlangte Betrag nach einigen Tagen nicht bezahlt war, ließ sie bei den Schuldnern einen Zahlungsbefehl über 40 Mk. ausgeben, wogegen Einspruch erhoben wurde. In einem gerichtlichen Termin sagte Frau G. unter dem Bogen sei um den Betrag von 40 Mk. nicht gekauft worden. Frau G. machte entgegengelegte Angaben. Prompt folgte darauf gegen Frau G. die Anklage wegen Meineids.

Drei Tage lang wälzte das Schwurgericht den Kinderwagenproblem aufs gegenseitigste nach allen Seiten. Das Resultat war der Freispruch der Angeklagten unter Übernahme der Kosten auf die Staatskasse. Diese Kosten dürften nicht gering sein, da insgesamt 30 Zeugen vernommen worden sind!

Das Schwurgericht Lud verurteilte einen Kombi von dem Richter, der im Rürnberger wegen Meineids, der Schwur der Richter übergeben habe, sagte, Freigabe der Hand von Gold nicht vornehmen, da Erwid nicht lebe. Wer Freigabe der Hand übergeben haben soll, weil der Schwur nicht mehr.

Der Kriminalpsychologe zum Fall Jakubowski

Im Rürnberger Prozess wurde am Mittwoch der Zeuge Wilhelm Rogens vernommen. Er gibt an, sein Bruder Fritz habe ihm in Lud gefaselt, daß Jakobowski ihm 175 Mk. in bar und eine Reihe von Wertgegenständen gegeben habe. Fritz habe ihm über den Vorfall einmal erzählt, er habe den halbtoten Erwid beim Schwurangeben übernommen. Das Kind habe nicht mehr gefaselt, aber noch gestammelt. Der Zeuge, der Fritz der Richter übergeben habe, sagte, Fritz solle die Hand von Gold nicht vornehmen, da Erwid nicht lebe. Wer Freigabe der Hand übergeben haben soll, weil der Schwur nicht mehr.

100 Mark Bargeld, vier Schweine und verschiedene Saaten nicht angegeben.

Das Rürnberger Schwurgericht verurteilte einen Landwirt wegen Meineids zu sechs Monaten Gefängnis. Der Angeklagte soll in einer Strafbefehl über den Antsgericht Lüben eine falsche Aussage gemacht haben. Er ist dillig in Anaphabe, kann weder lesen und schreiben noch rechnen und ist durch seine geistig schwache Mutter erblid beinahe. Frau haben seine geistigen Fähigkeiten weiter herunter gelitten, daß sein Vater ihn häufig mit Holzschlägen über den Kopf schlug.

Vier Zigaretten waren das corpus delicti eines Prozesses vor dem Duisburger Amtsgericht. In Wanheim besitzt ein Herr Köbes einen nicht besonders rentablen Tabakladen. In diesem Laden war an einem Sonntag — von Juchob herbeigeholt — ein Kunde erschienen und hatte vier Zigaretten verlangt, die ihm auch gegeben wurden. Der Gewinn des Händlers betrug die Pfennige. Eine weibliche Nachbarin botte den Betrag beobachtet und zur Anzeige gebracht. Der Substanthaber hatte sich sehr vor Bericht wegen Uebertretung des Paragrafen der Polizeiordnung zu verantworten, der den Verkauf familiärer Waren an Sonn- und Feiertagen untersagt. Der Angeklagte erklärte, er sei gar nicht der Besitzer des Ladens, sondern habe er den Laden seiner Frau gelehrt. Ergebnis: Freispruch des Angeklagten, Kostenüberbürdung auf die Staatskasse und Neuen Verfahren gegen Frau Köbes.

bedogent Dr. Hans von Dettig, vernommen. Der Zeuge hatte vom mecklenburg-freiherrlichen Wiltener den Auftrag, den Regierungsrat Steinberg bei seinen Ermittlungen über den Fall als wissenschaftlicher Berater zu unterstützen. Es hätten sehr wenig Anhaltspunkte für die Täterhaft Jakubowski vorgelegen. Vor allem habe Klimentenfrucht wohl sein Brand zur Tat führen können. Frau Rogens habe in ihrer Wohnung bei der Ankunft der Untersuchungskommission gesagt: „Wenn das wieder anfängt, gehen wir ins Wasser.“ August Rogens habe gefaselt, daß er einen Meineid begangen habe und daß Jakobowski unschuldig sei.

Ein Vampyr.

Das Schöffengericht in Köln verurteilte den Amtsberichterstatler G. wegen Verurteilung zu einer Zuchthausstrafe von zweieinhalb Jahren. Dieser Amtsberichterstatler war ein Vampyr im wörtlichen Sinne des Wortes. Er, der ein monatliches Einkommen von 500 Mk. hatte, lebte jahrelang an Kosten der Dorfarmen und führte ein hohes Schmarozkerleben. In a. ließ er sich unter dem Vorwand, er sei der Vormund der sechs Kinder, die sozialen Unterführungen einer Witwe vom Jahre 1922 bis zum Januar 1925 ausgeben.

Insgesamt unterschlag er diesen Armen 5474 Mk. Infolge der fürchterlichen Not dieser Frau mußten die 6 Kinder betteln gehen und wurden nach und nach in Hungererkrankung genommen. Auch bei der Auszahlung der Weihnachtsgeldbescheiben an Dorfarme hat er sich auf Kosten dieser Bedauernswerten bereichert. Bei Kaufleuten ließ er sich Schätze geben, angeblich auch für die Dorfarmen, während seine eigenen Kinder diese Schätze getragen haben. In zwei anderen Fällen unterschlag er zehnfach eine Stieftochter unter dem Vorwand, sie wäre für die Staatsbankrottisten bestimmt. In der Begründung des Urteils wird u. a. gesagt, die Strafmaß für den Angeklagten sei gegeben himmelsgleich. Er habe die Vermögen der Armen um ihr Vergeß betrogen und es müsse dahingestellt bleiben, ob diese Bedauernswerten nicht die Gemeinde für den ihnen gemachten Schaden in vollem Umfang verantwortlich machen können.

Reisun beruhigt.

Aus Regal wird gemeldet, daß der Vorkurs des Reises seit Mittwochabend fast zurückgeht und sich der Expirationsteil teilweise ne gebildet hat. Gefahr für die umliegenden Dörfer besteht nicht mehr, trotzdem im Innern des Reises nach wie vor stark Explosionen zu verzeichnen sind.

700 Menschen ertrunken.

Durch Feuer zerstört wurde der japanische Dampfer „Age Maru“, der sich auf einer Fahrt von Blabombi nach Kamtschatka befand. Es wird befürchtet, daß sämtliche 700 Passagiere ums Leben gekommen sind.

Treppe mit der Weltgeschichte.

In Polen wurde vor einigen Monaten bei der Stas-Kommunisten ein Datschschel entdeckt, ausgefüllt gegen einen gewissen Karl Wjgoda, der nach drei Monate abstrafen in 1915 abstrafen habe. Man suchte nach ihm und fand ihn auch bald, denn er bereitet in Polen ein kleines Geschäft. Wjgoda ließ sich — was blieb ihm anderes übrig? — verhaften und ins Gefängnis bringen, verlor aber energisch bei der Verhäre suchte nach den Akten, brauchte aber nach vier Monate, so daß man dem armen Wjgoda ernte nach seiner Entlassung aus der Gefängnis. Das Verhäre ließ sich aber heraus, daß Karl Wjgoda im Jahre 1917, als Polen noch deutsch war, wegen Verleumdung Wilhelms II. zu drei Monaten verurteilt worden war, die er aber damals nicht abstrafen brauchte.

Ein „Religionsverbrechen“.

Das Rürnberger Schwurgericht verurteilte den verantwortlichen Redakteur der „Rürnberger Tagespost“ Georg Stricker wegen Vergehens gegen die Religion zu 200 Mk. Geldstrafe.

Die Anklage war auf eine Entlassung des bischöflichen Ordinarius in Bamberg erfolgt. Das „Rürnberger“ hatte sich in folgender „Rürnberger“ an dem Redakteur, Pastor Triemann in Witau hatte ein erstaunliches Gedächtnis. Einmal Tages erschien ein seiner Gemeindefreund und sagte: „Rür Pastor, ich komm mein eine Laufe. Das meine Alte ist, die hat letzten ein Jungens leidet.“ Pastor Triemann dachte ein Augenblick nach, dann sagte er: „Aber, lieber Mann, das ist doch recht merkwürdig. Wehren vor neun Monaten habe ich Fritz Frau das heilige Abendmahl gereicht, weil der Pastor sie ausgegeben hatte.“ Der Mann drehte seine Witze und erklärte verlegen: „In ja, Herr Pastor, aber Sie wissen ja, wie das so ist. Als die Alte jeplaut hat, die muß abtragen, denn hätte sie zu mir jeplat: Heinrich, hätte sie jeplat, Heinrich, erquid mit noch mal!“

Sabsburgische Alimenterichulden.

Im „Rürnberger Kreisblatt“ war dieser Tage folgende Anzeige des Magistrats Opatz zu lesen: „Der Redakteur, Reichsrichter und Ober Staatsanwalt Albrecht aus dem Hause Sabsburg Sabsburg entsetzt sich der geistlichen Unterhaltspflicht. Legt bekannter Aufenballi Franzenstein I. Sch!“

Strenge Bedauern. In der Gemütschrift von Cassler in Berlin-Charlottenburg brach am Mittwochabend ein großer Wind aus, dem mehrere Lagerdämme mit Tausenden von aufgeschapeten Damendamben über dem Spier fielen. Die Entschädigungsbüro des Brandes ist noch nicht gefür.

Zeichne 7% Reichsanleihe

- Befreit von der Einkommensteuer! Befreit von der Vermögensteuer! Befreit von der Erbschaftsteuer! Befreit von Steuerzahlung vom Kapitalvermögen!

Zeichnungsschluss 8. Juni



